

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

32 (7.2.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-85524](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-85524)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochenausgabe, Dammern Nachrichten), Zentrumorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.00 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.42 M.; zweimonatlich 2.00 M., durch die Post frei ins Haus 2.28 M.; einmonatlich 1.00 M., durch die Post frei ins Haus 1.14 M. Einzelnummern 10 Pfg. Probeummern acht Tage gratis u. franko.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Kleinanzeigen 75 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).
(Das „Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft“ wird während der Kriegszeit nicht beigelegt.)

Nr. 32. | Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsst. Nr. 5. | Besta, Donnerstag, 7. Februar 1918. | Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg i. Gr.: | 85. Jahrgang
Postfachkonto: Hannover 7908. | W. Karelmann, Ahternstr. 51, Fernspr. 1032.

Der Krieg auf den Meeren.

Die Versenkung des „Aragon“.

tu. Haag, 6. Febr. In vielen Londoner Kreisen wird die Mitteilung des Kriegsamts und der Admiralität stark bewundert, daß bei der Torpedierung des Truppentransportdampfers „Aragon“ im Mittelmeer nur 610 Soldaten umgekommen seien. Aus Mitteilungen von Überlebenden wird bekannt, daß der Dampfer 2520 Mann an Bord hatte und in 10 Minuten verschwunden war.

Unsere U-Boote in den westafrikanischen Gewässern.

Haag, 5. Febr. Britische Fahrzeuge, die aus Dakar (Westafrika) in England eingetroffen sind, melden die Anwesenheit deutscher U-Boote von etwa 2000 Tonnen, also richtiger U-Kreuzer, in den Meeren um die Kapverdischen Inseln, um die Kanarischen Inseln, von Madeira, an der Dakarküste und in der Nähe von Marokko.

Die Nervosität der Entente-Seelen!

Berlin, 5. Febr. Im Bremer Hafen wurde, dem „Kok-Anz.“ zufolge, ein Wasserflugzeug, das ursprünglich für ein U-Bootgeheiß gehalten und durch zwei Torpedoschiffe gefestigt worden war. (Dieser Wasserflug ist bekanntlich nicht der erste seiner Gattung, dem die Nervosität der Entente-Seelen das Leben kostete.)

Frankreich.

Die Angst der Pariser vor neuen Luftangriffen.

Genf, 5. Febr. In allen Bezirken in Paris und der Normandie werden durch Maueranschläge bombenartige Unterstände angebracht. Die Tag und Nacht durchsuchenden Offensiven. Die Straßeneinrichtung wurde (weiter) erheblich eingegrenzt.

tu. Genf, 6. Febr. Das Blatt „Coeur“ rät da oben ab, Vergeltungsmaßnahmen für die deutschen Fliegerangriffe auf Paris zu ergreifen, da diese nur weitere Fliegerangriffe auf Paris zur Folge haben würden. — Die Regierung veröffentlicht eine Liste derjenigen Untergrundorganisationen, in die die Bevölkerung bei Luftangriffen flüchten soll.

Der Siegeswille der Entente trotz alledem!

tu. Genf, 6. Febr. Der „Matin“ meldet: Im Anschluß an die Alliiertenkonferenz in Versailles werden Aufträge der alliierten Regierungen und Seeresleitungen an ihre Völker und Armeen erteilt werden, in denen die Notwendigkeit begründet wird, auch die letzte Entscheidungsschlacht dieses Krieges darzubieten, um zum Siege zu gelangen.

Die russischen Soldaten in Frankreich.

WTB. Bern, 5. Febr. Die Defektionen von Angehörigen der russischen Truppenkontingente in Frankreich, mehrere hundert, Schweizer Blätter berichten fast täglich von dem Eintreffen kleiner russischer Truppen von Soldaten und Offizieren in der Schweiz, die meist unter sehr großen Beschwerden aus Frankreich entflohen. Nach der „Gazette de Lausanne“ sind gestern wiederum 10 Russen eingetroffen, die sich über die schlechte Behandlung in Frankreich beklagten.

Die Festsetzung der Amerikaner.

tu. Von der Schweizer Grenze, 6. Febr. Die Amerikaner haben neuerdings in Frankreich zahlreiche Kontrakte auf Truppenlager, Unterkunftsräume usw. auf fünf Jahre abgeschlossen. Sie geben bei ihrer Festsetzung in Frankreich annehmbar rüchschloslos vor und reifen ganze Häuser nieder, die ihnen im Wege sind.

Der Prozeß gegen Bollo Pascha.

Paris, 5. Febr. Agence Haas. In der Anklageschrift heißt es weiter: Die Untersuchung beweist, daß Bollo Pascha an Sabbid Pascha in verabschiedeten Wendungen geschrieben hätte, um ihm den Plan einer Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland im Hinblick auf einen Sonderfrieden auszubieten. Die in Frankreich gedruckten Briefe und die Briefe unter dem Vorwande einer rettungslosen Propaganda. In Wien hatte der Vorkrieg keine Erfolg. Bollo schlug dann die Erwerbung zahlreicher Zeitungen zu dem Zwecke vor, zugunsten Deutschlands auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Der Bericht betont,

daß sich Bollo nicht nur mit seinen früheren Erklärungen im Widerspruch befindet, sondern auch mit denen Callaux, den er zum Zeugen berief. Bollo erzählte von Callaux, daß der Khebidie ihm eine beträchtliche Summe schulde. Der Bericht spricht von dem letzten Aufenthalt Bollos in der Schweiz und in Italien. Er erwähnte das Eingreifen des deutschen Abg. Erzberger, der mit dem Khebidie über die Wiedererstattung dieser Summe sprechen wollte, wenn er den Feldzug hinauschiebe. Der Khebidie sollte in der Schweiz seine engen Beziehungen mit den Vertretern Deutschlands benutzen und sich bemühen, einen Sonderfrieden für Frankreich zustande zu bringen. Der Bericht stellt ferner die Befreiung einer großen Anzahl Aktien des „Kappel“ und den Verkauf, die Aktien des „Figaro“ zu kaufen ließ, 1915—16 habe Bollo zahlreiche Aktien der „Revue“ und des „Cot des Paris“ zu kaufen versucht. Der Bericht beschäftigt sich dann mit der Angelegenheit des „Sourin“. Deutschland habe großen Wert darauf gelegt, einer so bedeutenden französischen Persönlichkeit, einer so bedeutenden französischen Finanzkraft zur Seite zu legen; durch Deufouches und Renard sei Humbert Käufer des „Journal“. Der Bericht erörtert ferner die Umtriebe Bollo Paschas in Amerika sowie die Beziehungen zu Agenten Deutschlands, darunter Bagenski und Graf Bernstorff. — Prochere habe für einen bedeutenden Teil der geheimnisvollen Korrespondenz zwischen Bollo, Cavallini und Sabbid den Vermittler gespielt und zweimal einen Auftrag in der Schweiz bezüglich des Khebidie erhalten. Prochere gab hinsichtlich des Khebidie den Tatbestand an, behauptete aber weiter, daß er niemals das wirkliche Ziel dieser Korrespondenz getannt habe. Indessen gebe er zu, sich in Langsamkeit zweimal mit einer Persönlichkeit aus dem Genie des Khebidie eingelassen zu haben. Seine herabwürdige Abhängigkeit zu Anfang und seine Verluste, die Zeugen zu seinen Aussagen zu verleiten, die er zu Anfang der Untersuchung unternommen, beweisen, wie schwer die Handlungen Callaux sind, dessen fähiger Mitarbeiter er war. — Bezüglich Cavallini ist verwies die Anklage auf den verletzten Anlauf der Aktien des „Figaro“ im April und Mai 1915. Die Untersuchung habe ergeben, daß es sich um ein Einverständnis mit Sabbid Pascha handele. Cavallini habe zu diesem Zweck bei der Waadtländer Kantonalbank die Summe von 249 250 Frs. die auf die zweite Einzahlung von Deutschland vorausbezahlt wurden, hinterlegt. Das hierbei verfolgte Ziel war, die Zeitungen anzukaufen, um im beabsichtigten Augenblick einen für die Feinde günstigen Feldzug zu führen. Damit war der Bericht zu Ende.

Der Vorliegende befragte Bollo über seine Beziehungen zum Khebidie. Bollo beteuerte jedoch seine Unschuld und versicherte, daß er kein Vertreter sei. Er führte aus, er habe nicht an der frankreichfreundlichen Gestaltung des Khebidie zweifeln können und erinnere an die Beweise von Wohlwollen, die ihm vor dem Kriege Abbas Hilmi und Sabbid Pascha bezeugt hätten. Der Angeklagte findet es lächerlich, daß man ihm die Absicht zum Vorwurfe mache. Pariser Zeitungen anzufragen. Diese Blätter, sagte er, seien in Händen, aus denen man sie nahezu unmöglich herausbringen könne. Der Vorliegende machte auf Widersprüche in den Erklärungen Bollos während der Untersuchung und während des Verhörs hinsichtlich seiner Beziehungen zu Cavallini und Sabbid über die amerikanische Angelegenheit aufmerksam. Bollo äußerte sich über seine Keile nach Spanien, über seine Unterredung mit dem Bruder des Papstes und über die Angelegenheit der 300 000 Kinder, in der er der Betroffene gewesen zu sein behauptete. Er bemerkte weiter, wenn er das behauptete, was ihm Kapitän Bouchardon unterstellt habe, so lies deshalb gesehen, weil er wüßte, daß er mächtige Feinde habe. Anfolgendes habe er Bouchardon nur das gesagt, was er ihm sagen wollte. Bollo erhob Einspruch gegen die Erklärungen Cavallinis, der behauptete, über 2 Millionen ausgegeben zu haben; er versicherte, er habe niemals mehr als eine Million erhalten, die er ihm schuldig gewesen sei, und behauptete, daß er in der Schweiz eine der Entente günstige Rolle gespielt habe. Das Verhör wurde hierauf abgebrochen.

England.

Englische Nahrungsmittelfragen.

tu. Rotterdam, 6. Febr. In England wurde die Lebensmittelferaktion für sämtliche Truppen im Inlande mit Ausnahme der für die Front auszubildenden Soldaten um ein Drittel verringert.

WTB. Rotterdam, 5. Febr. Dem Neuen Rotterdamischen Courant zufolge berichtet die „Times“ vom 2. Februar über eine Rede des englischen Landwirtschaftsministers Prothero auf einer Konferenz der Vertreter aller landwirtschaftlichen Vereinigungen in England und Wales über die Vorräte an Viehfutter und die Maßregeln, die zur Erhaltung des Viehbestandes notwendig seien. Aus der Berechnung der im Lande vorhandenen Mengen Mafer und anderen Viehfutters geht hervor, daß für die Bayern nicht genug da sei und daß eine drastische Veränderung eintreten müsse, da es sonst zu einer Katastrophe kommen würde. Zum Schluß sagte Prothero noch, daß alle Kühe- und Zugschiffe abgeschlachtet werden oder von Gras leben müssen.

Die englischen Verluste.

WTB. Amsterdam, 7. Febr. (Draht.) Allgemein Handelsblad zufolge schreibt H. Fraju in einem offenen Brief an den Staatssekretär für den Krieg, der in der Daily Mail veröffentlicht wird: Der britische Generalstab hat jetzt zugegeben, daß die britischen Verluste im vorigen Jahre allein 900 000 Mann betragen.

Zur Lage in Russland.

Gegenströmung in Petersburg.

WTB. Berlin, 6. Febr. In der Nord. Allg. Ztg. werden Petersburger Eindrücke von einem neutralen Reisenden wiedergegeben, der soeben aus Petersburg zurückgekehrt ist. Es heißt darin u. a.: Die Bolschewisten haben Petersburg vollständig in ihrer Hand. Vier Fünftel, wenn nicht sogar neun Zehntel der Bevölkerung sind gegen die Bolschewisten feindselig oder zum mindesten gleichgültig. Es herrscht eine allgemeine Mißgunst gegen die Herren Lenin und Trotski, und diese ergreift immer weitere Kreise. Es muß früher oder später zu einer Katastrophe führen. Die Lebensmittelfrage dürfte neben der Friedensfrage für die maximalistische Gewalt entscheidend werden. Schlimmer als die Leuerung und die drakonischen Maßnahmen der Bolschewisten ist die mehr und mehr um sich greifende Anarchie. Mehr und mehr hört man von den Russen verschiedener Bildungsgrade und wissenschaftlicher Stellen, daß es nur ein einziges Hilfsmittel gegen das ganze Elend gibt: die Deutschen. Im allgemeinen schließt jedes Gespräch mit einem Russen über die jetzige Lage und die Zukunft Russlands mit den wehmütigen, schlußlosen und mehr oder weniger hoffnungslosen Worten: Möchten nur die Deutschen nach Petersburg kommen!

WTB. Petersburg, 6. Febr. Die Petersburger Telegramm-Agentur verbreitet folgende Meldung in ihrem Sinne gefärbte Meldung: Der Patriarch Trichon veröffentlicht, worin er alle Gläubigen zu einer Kirchenversammlung einladet, die den orthodoxen Glauben bekämpfen, und zum Schluß die Bolschewiki verflucht. Das Smolny-Institut teilte den Mönchen des Alexander-Newsky-Klosters mit, daß es die morgen beschlossene religiöse Prozession, die als Protestkundgebung gegen die Bekehrung des Klosters gedacht ist, verbietet. Die Abendzeitungen melden, daß das Smolny-Institut morgen eine Note veröffentlichen werde, worin es heißt, daß die Vorgänge im Kloster ausgenutzt würden, um die religiösen Gefühle des Volkes gegen den Sowjet anzureizen. Das Smolny-Institut habe nicht die Absicht, die Ausübung der religiösen Verrichtungen zu behindern, sondern wolle nur dem Volke wiedergeben, was die Popen ihm seit Jahrhunderten genommen hätten.

Amsterdam, 6. Febr. Reuter meldet aus Petersburg, 3. Febr.: Es waren die Frauen in Petersburg, die dem Ruf der Kirche Gehör schenkten und heute zu Tausenden gegen die Beschuldigung des Alexander-Newsky-Klosters protestierten. Neun Zehntel der Kirchenmänner, die an dem Anzug teilnahmen, waren Frauen, und meilenweit trugen sie die Christus- und Marienbilder mit, und stundenlang gingen sie weiter auf den gepflasterten Straßen. Vom Anfang des Newsky-Prozesses bis zur Kathedrale hielten der Bischof von Petersburg und andere Geistliche öffentlichen Gottesdienst. Das Komitee für die Verteidigung von Petersburg machte heute morgen bekannt, daß die Verantwortung für die Prozession der Geistlichkeit zufalle. Die Soldaten der roten Garde waren abwesend, dagegen, so meint Reuter ironisch, stimmte es sehr zum Anlaß, daß deutsche und österreichisch-ungarische Offiziere längs

des Newsky-Prozesses spazieren gingen, als ob sie sich unter den Linden befänden. (Der ehemalige Engländer hätte es wohl lieber gesehen, wenn statt der friedlich spazierengehenden Offiziere der Mittelstände die rote Garde dagelagert wäre, um unter den Frauen ein Blutbad anzurichten. Anders kann man seine wichtig sein folgenden Schlüsse nicht verstehen. Im übrigen kann man vor den Frauen Petersburgs nur den Hut abziehen, weil sie allein es sind, die dem religionsfeindlichen Fanatismus der sozialistischen Revolutionäre wenigstens mit einer Demonstration mutig die Stirn zu bieten wagen.)

Der unbedingte Friedenswunsch der russischen Soldaten.

TdA. Berlin, 6. Febr. Die „Times“ veröffentlicht am 29. Januar einen Brief ihres Korrespondenten in Jassy, worin es heißt: Sowjet ist klar, daß ganz gleich, was die russische Regierung beschließen mag, die russischen Soldaten, zumindest an dieser Front, nie mal wieder kämpfen werden. Für sie sind Kerenski, Lenin usw. die rechten Männer, solange sie für den Frieden sprechen. Sobald sie aber versuchen, die Soldaten wieder zum Kampf zu bringen, ist ihre Popularität vorüber. Darum ist der nächste Deus ex machina der rechte Mann; aber natürlich nur so lange, wie er gegen das Kämpfen ist.

Zwiepsalt zwischen Sowjets und Regierung.

tu. Genf, 6. Febr. Der Petersburger „Temps“-Korrespondent will wissen, daß innerhalb der maximalistischen Regierung ein Zwiespalt in der Friedensfrage besteht. Mit einer einzigen Stimme Mehrheit sei Trotski heftigst zurückzuführen unter der Bedingung, nichts zu unternehmen, ohne den Ministerrat dazwischen zu befragen.

tu. Rotterdam, 6. Febr. Dem Daily Telegraph wird aus Petersburg gemeldet: Obwohl man bald merkliche Schwierigkeiten für die Bolschewiki erwarten kann, gibt es keine Grundlage, anzunehmen, daß die Bolschewiki bald zu Fall gebracht werden. In den letzten Tagen hat sich die hiesige Lebensmittelferzeugung etwas gebessert. Auch die Produktion wurde erhöht. — Die Sowjet-Regierung bezieht sich mit der Bildung eines roten Heeres, um sich dadurch unabhängig von den wechselnden Sympathien der Petersburger Garnison zu machen. Der allrussische Sowjetkongreß erklärte sich gegen die Bildung einer Koalitionsregierung.

X. Bern, 6. Febr. Aus Petersburg meldet der „Temps“: Die Sozialrevolutionäre merken, daß die Massen sich von den Maximalisten abwenden, drängen sie die Arbeiter dazu, die von ihnen in die Sowjets gewählten Delegierten zurückzugeben. Dieser Feldzug beginnt die leitenden Bolschewisten zu beunruhigen.

Einigung zwischen der Ukraine und Rumänien.

Petersburg, 5. Febr. (Indirekt.) Die „Iswestija“ veröffentlicht ein Kommuniqué über die Kriegslage in der Moldau, in dem zugegeben wird, daß sich die maximalistischen Truppen infolge des starken feindlichen Drucks weiter zurückziehen. Die rumänischen Truppen setzen ohne direkte Fühlung mit den maximalistischen Nachbarn ihren Vormarsch fort. Die Regierung will Beweise dafür haben, daß zwischen der ukrainischen Zentralrada und der rumänischen Seeresleitung tatsächlich eine Vereinbarung über gemeinsame Operationen gegen die Sowjets zustande gekommen ist.

Die Vorgänge in Becharabien.

WTB. London, 5. Febr. (Reuter.) Nach amtlichen Telegrammen vom 3. Februar aus Jassy entworfen und bekräftigt ein großer Teil des rumänischen Heeres jetzt die russischen Truppen. Die Räume der russischen Front an der Moldau dehnt sich täglich aus. Ganze russische Abteilungen ziehen nach der russischen Grenze und greifen die rumänischen Truppen und Offiziere auf ihrem Wege an. Beim Angriff der Russen auf Galatz einmarchieren rumänische Truppen nach einseitiger Kampfe die 8. russische Division und erobern 50 Kanonen. Einige Abteilungen der Division schlüpfen nach den deutschen Gräben. Cechen Mitwoch griff das 8. russische Armeekorps mit schwerer Artillerie Galizien in der Mitte der Moldaufront an. Entwaffnet und nach Russland abgeführt. Außer den großen Truppenabteilungen verlassen auch Regimenter und Kompagnien die russische Front. Die neue Republik Becharabien erhebt

die rumänische Regierung um Truppen, um einer Verwüstung des Landes zuvorzukommen. Im Innern Bessarabiens demüthigte sich die rumänische Garde der Vorratsmagazine, die die rumänische und russischen Armeen angelegt hatten, und hielt Jüge mit Lebensmitteln für die Bevölkerung der Moldau an. Auf Ersuchen der bessarabischen Regierung ließ daraufhin die rumänische Regierung die Eisenbahn Kijowien-Ungewien und andere Vorratszentren besetzen. Der Kampf zwischen den rumänischen und böhmischen Truppen erstreckte sich über ganz Bessarabien. Die rumänische Regierung ergreift alle möglichen militärischen Maßnahmen, um die eigenen und die russischen Truppen an der rumänischen Front sowie die Bevölkerung der Moldau vor Hunger zu schützen. In Russland wurden viele rumänische Offiziere und Parlamentarier verhaftet, besonders in Dnestra.

Odeffa eine freie Stadt.

Breslau, 6. Febr. Wie die hier erscheinende Gazette Porana meldet, hat sich Odeffa als freie Stadt mit eigener Verfassung erklärt. Der Schrift gefolgt, um den Bürgern der Stadt den Frieden zu verschaffen. Eine Befestigung dieser Meldung liegt bisher nicht vor.

Umfände der polnischen Legionen.

Stockholm, 6. Febr. Die polnischen Truppen ziehen den letzten nach Stockholm gelangten Nachschub auf die gegen Smolensk gerichtete Front. Die Polen werden von dem bekannten General Ruszki geführt. Mehrere tausend Generalmajor Truppen stehen unter dem Befehl des Generalmajors Stajkowski, ein dritter Teil wird von General Lesniewski befehligt. Diese drei polnischen Generale der russischen Armee konzentrieren ihre Truppen, um mit den Bolschewikern einen Entscheidungskampf aufzunehmen. Kriensko ordnete vor seiner Verhaftung an, daß gegen die Polen wiederum 50 000 Mann Verhaftung marschieren.

Ein Konflikt mit den Semstivos.

Petersburg, 6. Febr. Der Rat der Volkskommissare hat einen Erlass über die Umgestaltung des allrussischen Semstwoverbandes erlassen. Das Agitationskomitee dieses in Ausland nachrichtigen Verbandes soll aufgelöst werden. Alle Einrichtungen des Semstwoverbandes werden als Eigentum der Republik erklärt. Aus Moskau meldet die P. Z., daß in der während der letzten Woche abgehaltenen Sitzung des Komitees beschlossen wurde, den Erlass der Volkskommissare gar nicht zu beachten. Durch diesen neuen Zusammenstoß der bolschewistischen Regierung und der Semstivo-Organisation erfährt der zwischen den Bauern und den Volkskommissaren entbrannte Kampf um so mehr, als die Bauernorganisation in Petersburg auseinandergerichtet wurde — eine neue, für die Bolschewikern sehr gefährliche Veränderung.

Nach einer weiteren Meldung wollen sich die Großrussen am 9. Februar in Moskau versammeln. Sie haben sich zur Aufgabe gestellt, die Grenzen der großrussischen demokratischen Republik zu regeln, die Zahl der Bevollmächtigten anderer Nationen, die Großgrund besitzenden, festzustellen und eine neue provisorische Regierung zu gründen, die man vor der zukünftigen Konstantine verantwortlich machen könnte. 27 Governements des Reiches wollten an der Sitzung teilnehmen, alle übrigen Governements erhalten ihre eigene nationale Autonomie und können sich als föderative Republiken der großrussischen Republik anschließen.

Berschiedene Nachrichten.

Das getriebene Griechenland.

Haag, 6. Febr. Times berichten aus Athen: Am Freitag fanden Reuten bei den Truppen in Lemnia und anderen griechischen Inseln statt. Die Regierung beschloß die Auflösung des Parlaments, um die Opposition zu verhindern, gegen die Mobilisation vorzugehen. In Athen wurden wegen dieses Verdachts 150 Personen verhaftet.

Kein gemeinsamer Oberbefehlshaber der Entente.

TU Amsterdam, 6. Febr. Reutermeldung. Im Unterhause erklärte Bonar Law in Beantwortung einer Anfrage von Asquith, daß es aus wichtigen militärischen Gründen nicht möglich sei, ohne dem Feind nützliche Mitteilungen zu verschaffen, nähere Einzelheiten zu geben über die Erweiterung des Besatzer Krieges. Bonar Law erklärte, daß kein gemeinsamer Oberbefehlshaber ernannt worden sei.

Die Friedensverhandlungen.

Troski über die Möglichkeit eines ungünstigen Friedens für Russland. Die Prawda vom 29. Januar bringt Auszüge aus Reden, welche Troski am 26. und 27. Januar im Rätekongress gehalten hat. Hiernach hätte Troski gesagt, die Räteregierung sei mit Deutschland in Unterhandlungen getreten wie freitretende Arbeiter, die nach dem Streik mit den Arbeitgebern verhandeln. Da es vorzunehm, daß ein Streik mit einem Mißerfolge endige, so könne sich ihr Zustand auch die unglückliche Situation ergeben, daß es einen Frieden schließe man müsse, der den Interessen der Arbeiter offen widerspreche. Es könne zu einem unglücklichen Frieden kommen, doch glaube die Räteregierung nicht daran, da sie genügend Stoff zur Entzweiung

des Klassenkampfes in Westeuropa habe, um so die Weltrevolution zu herbeiführen. Deutschland habe augenblicklich nicht die Absicht, alle von seinen Truppen besetzten Gebiete zu annektieren, sondern verfolge nur militärische und militärwirtschaftliche Ziele, die nach der Ueberzeugung Troskis in London stillschweigend gebilligt würden. Man habe in England erkannt, daß man Deutschland nicht besiegen könne, und wolle diesem im Offenen jene Kompensationen gewähren, die es brauche, um bei den Verhandlungen mit England und Amerika nachgiebiger zu sein.

Hierzu schreibt die Köln. Volkstg.: Diese Aeußerungen sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zunächst das offene Eingeständnis des Herrn Troski, daß Deutschland nicht auf Armeen aussehe. Dieses Wort verdient bei Freund und Feind wohl bemerkt zu werden, denn sowohl im Auslande, wie selbstverständlich im Innern — selbst! — bei uns im Lande gibt es Kreise, die mit der Behauptung des Gegenteils Angriffe auf die deutsche Regierung richten. Wenn man noch irgend welche Zweifel an den wahren Absichten Troskis hätte hegen können, so wären sie durch die offene Anerkennung seiner Absichten auf Entzweiung der Weltrevolution zerstreut worden. Weniger zutreffend ist Troski mit seinem Urteil über die Absichten der Londoner Regierung. Er sagt allerdings nur, was von vornherein einen großen Grad der Wahrscheinlichkeit für sich hat oder was man auch sonst schon hat murren hören. Sollte Troski mit seiner Beurteilung der englischen Gedankengänge recht haben, so wäre ganz einfach zu sagen, daß es sich als ein schmerzliches Verstummen Englands wird erweisen müssen, wenn man dort annimmt, wir würden uns im Westen von unsrem, in großen Zügen wiederholt frisiertem Kriegszielprogramm etwas abhandeln lassen, weil wir im Osten gewisse Vorteile erlangen haben.

Die Verständigung mit der Ukraine.

Petersburg, 6. Febr. (Auszug). Die Aussichten auf eine baldige und endgültige Verständigung zwischen der Ukraine und den Mittelstaaten wird in Kreis günstig beurteilt. Der Kiewer Reichstisch weiß aber darauf hin, daß sich das ukrainische Generalsekretariat voranschreitend nicht für die Abschließung eines formellen Sonderfriedens entscheiden, sondern ein Abkommen vorschlagen werde, in dem sich die beiden Kontrahenten zur Beendigung des Krieges mit den sich daraus ergebenden militärischen Begleiterscheinungen und der Wiederaufnahme des Handelsverkehrs verpflichten würden. Ein deraußer Abkommen würde praktisch die gleiche Bedeutung haben wie ein Sonderfrieden, dabei aber der besonders schwierigen Stellung der ukrainischen Zentralrada Rechnung tragen. In Befestigung der letzten Meldungen lassen aus Südrussland vorliegende Berichte erkennen, daß die nationalistische Bewegung innerhalb der Ukraine immer mehr an Boden verliert. Das ganze ukrainische Gebiet — von bedeutungslosen Ausnahmen abgesehen — befindet sich in der Gewalt der Zentralrada.

Abbruch der wirtschaftlichen Verhandlungen in Petersburg.

Petersburg, 6. Febr. Während die österreichischen, bulgarischen und türkischen Delegierten zum größten Teile Petersburg verlassen haben, sind der Praxida zufolge, die Mitglieder der deutschen Wirtschaftsabordnung in der Hauptstadt zurückgeblieben. Die Verhandlungen sind vorläufig ausgesetzt worden, ihre Wiederaufnahme hängt von dem Ausgang der Besprechungen in Brest-Litovsk ab.

Deutsches Reich.

Abg. Kopf Präsident der badischen Kammer.

WTB. Karlsruhe, 5. Febr. Die Zweite Kammer wählte anstelle des zum Oberlandesgerichtspräsidenten ernannten Dr. Zehner den Abgeordneten Kopf (Zentrum) zum Präsidenten.

Die fortschrittliche Fraktion gegen die fortschrittliche Presse.

Die gestern mitgeteilte Entschädigung der fortschrittlichen Fraktion verurteilt nicht nur den jüngsten Zustand, sondern bedauert auch, daß die Verhandlungen mit den Abgeordneten und den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, zu denen die Regierung bereit war, wegen der abnehmenden Haltung radikaler Elemente nicht zustande gekommen sei. Diese Entschädigung der fortschrittlichen Fraktion ist insofern bemerkenswert, als der freisinnige Press, daran dem Verl. Tagelb., aber auch der Press. Ztg. diese Bereitwilligkeit der Regierung nicht genüge. Nach der Presse hätte die Regierung auf Bezügen der Streikenden auch mit dem militärisch von den Arbeitern entfallenden Vertretern über große politische Fragen, die das ganze Volk angehen, verhandeln sollen. Die Weigerung der Streikenden, den von der Regierung gewiesenen Weg zu beschreiten, lag in diesen politischen Dagegen wohl ganz in der Ordnung. Um so bemerkenswerter ist es nun, daß die freisinnigen Fraktionen den radikalen Elementen die Schuld geben. Hinzuzufügen braucht man nur, daß auch die sozialdemokratischen Mehrheitsparteien einen Teil der Schuld mitzutragen haben.

Der Wiederzusammentritt des Reichstages.

WTB. Berlin, 6. Febr. Die nächste Sitzung des Reichstages findet am 19. Februar, nachmittags 3 Uhr, statt. Tagesordnung: Anfragen, Petitionsberichte.

Vollstes Einvernehmen mit Oesterreich-Ungarn.

WTB. Berlin, 6. Febr. Die Nord. Allg. Ztg. schreibt: Mithilfe des Außenministers des Äußeren Grafen Czernin in Berlin kamen in wiederholten Gesprächen mit den leitenden deutschen Stellen alle politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, insbesondere die Er-

nährungsfrage, zur Diskussion, wobei in jeder Hinsicht vollstes Einvernehmen festgestellt werden konnte.

Erbsknechten in Baden.

Karlsruhe, 6. Febr. Die badische Regierung legte dem Landtage einen Gesetzentwurf über die Erbsknechtung und Ausbeutung von Erbsknechten und Vorknechten in Baden vor, die dem Staat zunächst vorbehalten werden soll. Bezweckt wird, Deutschland auf die Dauer von fremden Hilfsquellen möglichst unabhängig zu machen.

Protestantische Stimmen gegen die Simultanschule.

II.

Autoritäten auf dem Gebiete des Staates.

Ob die modernen Staaten das Schulwesen mit Recht oder Unrecht, zum Segen oder Unsegen an sich gerissen haben, möge hier unerörtert bleiben. Bis in die neueste Zeit standen auch die Fürsten und Minister in Deutschland durchweg auf dem Boden der konfessionellen Schule. Als Kaiser Wilhelm I., damals noch Prinz von Preußen, 1850 aus dem badischen Feldzuge zurückkehrte, lagte er in einer Ansprache an die Deputation des Abgeordnetenhauses, daß er als letzter, freistehender Grund der vollen Freiheit und sozialen Aufklärung in Baden nichts anderes erkannt habe als die Entfaltung der Kirche, die Entfaltung der Schule. Baden ist nämlich wie in andern Einrichtungen auch das Mutterland der Simultanschule. Unter Kaiser Wilhelm I., fand 1892, als der Jüdische Schulgesetzentwurf im preussischen Landtage eingebracht wurde, vollständig auf dem Boden der konfessionellen Schule; nur durch den gewaltigen Entschluß der Liberalen wurde die Regierung veranlaßt, den Entwurf zurückzugeben.

Mit Ausnahme des Kultusministers Falk finden wir in Preußen keinen führenden Staatsmann, der sich für die Simultanschule als Regel oder auch nur für ihre Gleichberechtigung mit der konfessionellen Schule ausgesprochen hätte. Der preussische Kultusminister von Alvensleben urteilte schon 1822 also: Die Erfahrung hat gelehrt, daß in Simultanschulen das Hauptelement der Erziehung, die Religion, nicht gehörig gepflegt wird, auch es liegt in der Natur der Sache, daß unter den Lehren verschiedener Konfessionen oder zwischen diesen und den Eltern der Schuljugend ausreicht, artei gar zu leicht in einen Religionszweifel, anderer Uebel, die mit Simultanschulen verbunden sind, nicht zu gedenken. (Ministerialerlass vom 27. April 1822.) König Friedrich Wilhelm III. billigte diesen Erlass durch Kabinettsordre vom 4. Oktober 1822.

Als nach dem Revolutionsjahr 1848 im preussischen Landtag ein neues Schulgesetz beraten wurde, trat der Kultusminister v. Labanderg sowohl in den „Erklärungen“ zu dem Gesetz wie in den Debatten ersichtlich für die konfessionelle Schule ein: Es führt zu keinem religiösen Streit, wenn Konfessionsschulen bestehen; im Gegenteil bieten sie ein Mittel dar, religiösen Streitigkeiten vorzubeugen. — Es besteht ein alter Streit, welche Schulen besser sind, ob die konfessionellen oder die Simultanschulen. Der Streit ist ein doppelter; er liegt auf dem Unterrichtsgebiet und auf dem der Kirche. Auf dem Unterrichtsgebiet sind die Stimmen freigegeben. Die Erfahrungen tüchtiger Lehrer sprechen sich jedoch dahin aus, daß vom Standpunkt des Unterrichts aus der konfessionellen Schule der Vorzug zu geben sei, und auf dem Gebiete der Kirche ist solches wohl ganz ungewisselhaft.

Als 1862 und 1863 neue Angriffe gegen die Konfessionsschule gemacht wurden, trat wiederum die preussische Regierung entschieden für die konfessionelle Schule ein.

Der Oberste Regierungsrat und Deputierter im preussischen Kultusministerium Schneider sagte auf dem Kirchentage in Stuttgart 1869: Helfen Sie uns die Schule schützen vor der Allverweltlichung, welche dienend und negebend dem offenen Anglauben vorangeht. Eine erziehende Schule ist nirgends ohne Konfession.

Dem erst kürzlichigen Kultusminister v. Müller galt Simultanschule und konfessionelle Schule gleich, und er konnte sich nicht denken, wie eine solche Schule sich in der Feier der Festtage für Katholiken, für die verschiedenen protestantischen Konfessionen, für Juden, wie sie sich im Gesichtsmittelpunkt verhalten sollte. Nach der nürnbergischen Zera Fall sprach sich schon 1879 der Kultusminister Dittkammer entschieden für den christlichen Charakter der Schule aus, der Gesetzentwurf von Jelliß bestimmte, daß schon bei 30 Kindern einer Konfession von der Gemeinde eine besondere Schule für sie errichtet werden dürfe, was bei 60 Schülern geschehen müsse. Kultusminister Dr. Fuchs unter dem 1906 das Schulunterhaltungsgesetz zustande kam, erklärte am 22. Februar 1905 im Abgeordnetenhause, die Herren von der Gegenseite mögen sagen, was sie wollen, es entspricht den natürlichen Anschauungen der Bevölkerung, es entspricht der ganzen historischen Entwicklung, daß die Schule eine konfessionelle sei. Es entspricht dem eigenen Interesse der Lehrer, meine Herren; denn die Lehrer sind gerade in Simultanschulen vor doppelt schwieriger Aufgaben gestellt.

Die Zahl der Gegner der Simultanschule unter den Staatsmännern könnte leicht verdoppelt werden. Man kann also ruhig sagen, auch die bedeutendsten protestantischen Staatsmänner haben sich mit wenigen Ausnahmen auf die Seite der Konfessionsschule gestellt.

Aus dem oldenburgischen Märktenlande.

Beim, 7. Febr.

Wo bleibt der Gewinn? In einer Versammlung des Bundes der Landwirte in Verden a. d. Aller führte der Geschäftsführer Brochhaus-Sannover folgendes aus: Die Schafhalter bekamen in Friedenszeiten für ein Pfund guter Rückenwolle 3 Mk., die verarbeitende Industrie folgte 2 Mk. für ihre Arbeit auf, so daß das Pfund Wolle 5 Mk. kostete. Jetzt bekommt der Schafhalter für dieselbe Menge Rückenwolle 3,50 Mark das Pfund. Wollgarn kostet aber 45 Mk. und darüber. Der Kriegsausbruch für Konfessionen in Berlin bemerkt hierzu: Die ungleichen Preisanschläge in Manufakturwaren sind schon seit langem ein Ziel des Anstoßes. Hier wird nun dergeleigt, daß nicht die Erzeuger der Rohprodukte die sind, die die enormen Gewinne einflechten. Aber wer ist es denn, in dessen Taschen die Summen fließen? Da die Wolle wie die meisten anderen Waren durch die vom Staate eingeflechten Gesellschaften beschlagnahmt wird, so muß von der Regierung Aufklärung verlangt werden, wo die Gewinne bleiben. Ferner muß verlangt werden, daß der Preisstreiber und der Käufer endlich ein Datum entgegengelegt wird. Die Not des Volkes verlangt geordnete Zustände.

Steinfeld, 6. Febr. Heute morgen wurden hier, als sie gerade in den Zug steigen wollten, durch das energische Eingreifen der Bahnhofsbeamten und der benachbarten Bewohner drei Männer und eine Frau festgenommen, die in Harpendorf bei dem Heeremann in den Wägen vollständig geleert hatten. Die Wägen (ein Stühlen, mehrere Seiten Speck, Metzwurst und Mehl) wurde ihnen wieder abgenommen. Drei weitere gefundene Stühlen haben sie unterwegs in Decken eingeschlagen vergraben. Diese werden hoffentlich noch gefunden. Man vermutet, daß es sich um dieselben Personen handelt, die 10 Tage vorher bei Krüger G. 95 Führer festgehalten haben. Wofür wieder eine Abmahnung: Halte euch die Hände fern von dem Kaufe, damit ihr vor Schaden bewahrt bleibt!

Cloppenburg, 6. Febr. Fräulein Elisabeth Baed und Fräulein Eiben erhielten für ihre Freunde vom Herzog von Oldenburg die Oldenburgische Verdienstmedaille.

Seben, 6. Febr. Für die Wallfabrik- und Kriegergedächtniskirche in Verden gingen ein: Von einem Feldgrauen 10 Mk., aus V. 10 Mk., aus Cl. 20 Mk., aus P. 100 Mk., aus Sch. 10 Mk., aus Fr. 50 Mk., aus L. 20 Mk., aus C. 50 Mk., aus B. 20 Mk., aus Cl. 10 Mk., aus N. 20 Mk., aus Gr. 50 Mk., aus D. 5 Mk., von Feldgrauen 15 Mk., aus A. 10 Mk., von Feldgrauen 20 Mk., aus L. 50 Mk., aus C. 20 Mk., von einem Feldgrauen 20 Mk., desgleichen 10 Mk., aus Cl. 100 Mk., von N. 5 Mk., aus K. zum Feite Maria Lichtmetz 1000 Mark. Allen ein herzliches Vergelt's Gott!

Aneheim, 6. Febr. Während früher in den Wintermonaten Jungvieh zur Beschätzung der Weiden aufgetauft wurde, hat bis jetzt noch nichts erworben werden können, und die Bauern wissen nicht, wie der Graswuchs ausgenutzt werden soll. Preussische Händler faufen nämlich das Wagnereis zu 1,20 Mk. das Pfund auf, während hier für Feitweid der Höchstpreis nur 0,90 Mk. beträgt. Dadurch erzieht der Schmuggel über die Grenze wertvolle Anregung, denn der auswärtige Händler zahlte 10 Pf. mehr als die Lieferanten für das Heer. Der hiesige Bauer kann aber im Frühjahr nicht zu einem höheren Preise anlaufen als er im Herbst wieder erhält. Es ist die Vermutung nicht von der Hand zu weihen, daß das teuere Wagnereis, welcher Vermeidung mit der Waag freigegeben wird, sich als Markt für reiche Leute bezahmt macht. Im nächsten Herbst gibt es nur weniges, junges und leichtes Feitweid, da alles eben Verbrauchte jetzt schon geschlachtet wird.

Aneheim, 5. Febr. In einer Versammlung am Sonntag wurde gegen die beantragte Änderung des Staatsgrundgesetzes folgender Beschluß gefaßt:

Die sehr zahlreich versammelten Bürger der Apellengemeinde Aneheim haben zu ihrem bitteren Schmerz gehört, daß ihnen neben den äußeren Feinden noch im Innern des Landes Gegner erstanden, die ihre höchsten Äußer bedrohen, indem sie die religiöse Erziehung der Schul Kinder erschweren und gefährden. Zur Abwehr der neidischen Ränder, welche die staatliche Einheit zerstören, den Wohlstand vernichten, Gewerbe und Handel anhebeln wollen, haben sie freudig für des Vaterlandes Wohl Gut und Blut geopfert. Die Wiederkehr eines Kulturkampfes wie nach dem Kriege, der die Eingung Deutschlands brachte, wurde für unmöglich gehalten, zumal ja von Freund und Feind immer wieder das Selbstbestimmungsrecht betont und die Freiheit der kleinen Völker verhöhnt wurde. Und nun müssen wir erfahren, daß durch Änderung der Verfassungskurden die rechtlichen Schranken beseitigt werden sollen, welche die konfessionelle Schule sichern und zur Verhinderung eines landesweiten Einflusses einrichten. Dadurch wird die konfessionelle Minderheit zuerst und vor allem in Mitleidenschaft gezogen, da ihre Kinder in den gemeinsamen Schulen den protestantischen Schulen eingegliedert würden. Zur Erziehung Charaktereifer, pflichtgetreuer, ihrer Verantwortung vor Gott bewußter Christen und Staatsbürger genügt es nicht, daß nebenbei auch Religionsunterricht erteilt wird, sondern es ist erforderlich, daß ein sittlich religiöser Einfluß von der Person des Lehrers ausgeht und den ganzen Unterricht durchdringt. Die Simultanschule steht im Religionsunterricht und in der

Ministerium.

Auf Grund der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Preisverordnungsregelung vom 25. September/4. November 1915 (Reichs-Gesetzl. S. 607 bezw. 728) und auf Grund der Verordnung über Fleischverordnung vom 27. März 1916 (Reichs-Gesetzl. S. 199) wird für das Herzogtum Oldenburg folgendes bestimmt:

1. Die Aufzucht von Vieh, im Falle die Zwangsaufringung angeordnet wird, und die Regelung und Liebermachung des Verkehrs mit Zucht- und Nutzvieh wird dem Vorstande des Viehverwertungsverbandes übertragen. Die Zuständigkeit der Amtsverbände gemäß Ziff. 22 der Ministerialbestimmung vom 12. November 1917 für die Enteignung von Vieh bei Futtermangel bleibt unberührt. Das Herzogtum wird in folgende 12 Unterbezirke eingeteilt:

1. Amtsverband Amt und Stadt Oldenburg,
2. Amtsverband Westerbiefe,
3. Amtsverband Barel,
4. Amtsverband Seez und Müstringen,
5. Amtsverband Buisbüdingen,
6. Amtsverband Brate,
7. Amtsverband Geseleh,
8. Amtsverband Amt und Stadt Delmenhorst,
9. Amtsverband Wildeshausen,
10. Amtsverband Bestja,
11. Amtsverband Cloppenburg,
12. Amtsverband Friesoythe.

Für jeden Unterbezirk ist vom Vorstand des Viehverwertungsverbandes ein Vertrauensmann zu bestellen.

2. Die Einfuhr von Vieh in das Herzogtum Oldenburg und von einem Unterbezirk in einen anderen bedarf der schriftlichen Genehmigung des Vorstandes des Viehverwertungsverbandes, der den Verkehr und die bestimmungsgemäße Verwendung der eingeführten Tiere zu überwachen hat.

3. Die Ausfuhr von Vieh aus dem Herzogtum Oldenburg und von einem Unterbezirk in einen anderen bedarf der Genehmigung des Vorstandes des Viehverwertungsverbandes. Für den Verkehr innerhalb des Herzogtums Oldenburg gilt die erteilte Einfuhrgenehmigung gleichzeitig als Ausfuhrgenehmigung.

4. Die näheren Bestimmungen über die vor Erteilung der Ein- und Ausfuhrlaubnisse bezuziehenden Unterlagen und über die Lieberwachung der Ein- und Ausfuhr erläßt der Vorstand des Viehverwertungsverbandes mit Genehmigung des Ministeriums des Innern. Bei Ausfuhr von Vieh aus dem Herzogtum Oldenburg ist der zuständige Landesfleischstelle bezw. Provinzialfleischstelle des Bestimmungsortes sofort von der erfolgten Abfertigung schriftlich durch den Vorstand des Viehverwertungsverbandes Mitteilung zu machen.

5. Sofern zur Erfüllung der Schlachtviehumlage die Zwangsaufringung angeordnet wird, sind der Vorstand des Viehverwertungsverbandes und die von ihm mit der Zwangsaufringung beauftragten Personen zuständig, die Liebertragung des Eigentums (Enteignung) an den Viehverwertungsverband auszusprechen, auch die Aufforderung zur Liebertragung des Eigentums an der Viehbefitzer zu erlassen und zu bestimmen, an welchem Tage und an welcher Abnahmestelle Tiere zu liefern sind. Die Enteignung der Tiere kann sofort ausgesprochen werden, wenn der Viehbefitzer sich auf Grund der Aufforderung nicht zur Lieferung bereit erklärt. Werden die Tiere von dem Viehbefitzer nicht zu dem bestimmten Zeitpunkt an der Abnahmestelle abgeliefert, so sind dieselben auf seine Kosten zur Abnahmestelle heranzuführen. Der Vorstand des Viehverwertungsverbandes hat den Liebernahmepreis nach Anhörung von Sachverständigen festzusetzen.

6. Der Vorstand des Viehverwertungsverbandes und die von ihm beauftragten Stellen und Personen sind berechtigt, jeberzeit zur Bernahme erforderlicher Erhebungen und Feststellungen die Viehbefitzer und Weiden der Viehhalter zu betreten und die vorhandenen Tiere zu besichtigen. Die Viehhalter oder deren Vertreter sind verpflichtet, dem Vorstand des Viehverwertungsverbandes oder seinen Beauftragten Auskunft zu erteilen, die vorhandnen Tiere erforderlichenfalls angeben und vorzuführen und Geschäftsaufzeichnungen zur Einsicht vorzulegen. Die Polizei- und Gemeindeführer sind verpflichtet, die Durchführung der dem Vorstand des Viehverwertungsverbandes übertragenen Vorarbeiten zu unterstützen, den mit der Befehlsaufnahme und Viehaufringung beauftragten Personen Auskunft zu erteilen und die geführten Listen zur Benutzung zu überlassen.

7. Der Vorstand des Viehverwertungsverbandes ist berechtigt, zur Sicherstellung der Schlachtviehaufringung Bestandsaufnahmen vorzunehmen und die für die Schlachtviehaufringung in Betracht kommenden Tiere zu beschlagnahmen. Jede Verfügung über die beschlagnahmten Tiere ist ohne Genehmigung des Vorstandes des Viehverwertungsverbandes verboten und strafbar.

8. Jede Vererbung von Vieh (Kindern einschließl. Kälbern, Schafen und Schweinen einschließl. Ferkeln) auf Eisenbahnen und Wasserstraßen des Herzogtums bedarf der schriftlichen Genehmigung des Vorstandes des Viehverwertungsverbandes. Die Ausfuhrgenehmigungen für den Zucht- und Nutzviehverkehr gelten zugleich als Verbandsgenehmigungen. Für Viehbewegungen innerhalb eines Unterbezirks kann der Vorstand die Genehmigung dem Vertrauensmann übertragen. Die nachträgliche Veränderung des Bestimmungsortes von Viehbewegungen ist verboten.

Für Viehbewegungen, welche im Auftrage des Viehverwertungsverbandes erfolgen, kann der Vorstand des Viehverwertungsverbandes eine andere Regelung mit Genehmigung des Ministeriums des Innern anordnen.

9. Jede Ausfuhr von Vieh aus dem Herzogtum Oldenburg oder von einem Unterbezirk des Herzogtums in einen anderen ist durch den für den Ausfuhrort zuständigen Vertrauensmann des Viehverwertungsverbandes zu überwachen. Der

Vertrauensmann hat die zur Ausfuhr bestimmten Tiere vor der Verladung zu besichtigen und auf der Ausfuhrgenehmigung die Stückzahl und die Eigenschaften der Tiere als Zucht- und Nutztiere zu bescheinigen. Er hat ferner die zu verladenden Kinder auf Anweisung des Vorstandes des Viehverwertungsverbandes zu kennzeichnen und die Art der Kennzeichnung auf der Ausfuhrgenehmigung einzutragen.

10. Der Vorstand des Viehverwertungsverbandes kann für die Erlaubnisbewerben zur Einfuhr und Ausfuhr von Vieh bestimmte Muster vorschreiben. Die Ein- und Ausfuhrgenehmigungen müssen beschriftet und fortlaufend nummeriert sein und sind bei der Verladung der Güterabfertigungsstelle auszuweisen, welche dieselben nach Prüfung der Richtigkeit der Angaben sofort an den Vorstand des Viehverwertungsverbandes zur Verfügung zu geben hat.

11. Diese Bekanntmachung tritt in dem 15. Februar 1918 in Kraft. Die entgegenstehenden Bestimmungen der Bekanntmachungen des Ministeriums vom 9. Februar 1916 (Ziff. 23), 25. August 1917, 12. November 1917 (Ziff. 27 Abs. 2) und 15. November 1917 (Ziff. 3, 5 und 6) werden mit dem gleichen Tage aufgehoben.

Zwischenhandlungen werden auf Grund des § 17 der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Preisverordnungsregelung vom 25. September 1915 — Reichs-Gesetzl. S. 607 — und des § 15 der Verordnung über Fleischverordnung vom 27. März 1916 — Reichs-Gesetzl. S. 199 — mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M bestraft. Der Versuch ist strafbar.

Vieh, das entgegen diesen Vorschriften oder den auf Grund derselben erlassenen Anordnungen geandert oder in den Verkehr gebracht wird, unterliegt der Beschlagnahme und wird vom Vorstande des Viehverwertungsverbandes anderweitig verwertet.

Oldenburg, den 31. Januar 1918.
Ministerium des Innern.
Scheer.

Dinklage.

Das Geld für die letzte Kartoffellieferung wird am Sonntag, 10. Februar, von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 4 Uhr am dem Bahnhof ausbezahlt.

Offendorf.

Am Donnerstag, dem 28. Februar 1918, nachmittags 5 Uhr,

General-Versammlung

des Viehhalter-Vereins, N.-G., zu Bestja in Schäfers Hotel (Oldenburger Hof) in Bestja statt, wozu die Herren Aktionäre ergebenst eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Entgegennahme des Geschäftsberichts und Genehmigung der Jahresbilanz pro 1917.
2. Beschlußfassung über Verwendung des Reingewinns.
3. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
4. Wahl von 4 Aufsichtsratsmitgliedern.
5. Liebertragung von Akten.

Bestja, den 7. Februar 1918.

Viehhalter-Verein N.-G.

B. Menke, F. Rumbach.

Von heute ab kommt an Nischelviehverleger zur Ausgabe:

auf Nr. 11 der neuen Warenkarte: 1/2 Pf. Raffee-erschämte; 52 S pro Pfund,
auf Nr. 12 der neuen Warenkarte: 100 Gramm
Fabrikkäse; 1,50 M pro Pfund.

Bestja, 7. Februar 1918.

Stadtmagistrat.

Karbid

für Januar angekommen.
C. Willenbrink,
Lohne.

Saatweizen und Saaterste

empfiehlt
H. F. Schwarz,
Wildeshausen.

Zu verkaufen eine gut erhaltene 8 P.S. Deutzer
Motor-Lokomotive
sowie ein

Drehtasten

mit machtfähiger Reinigung und Sortierung. Der Drehtasten eignet sich auch für größere Landwirte mit elektr. Krananlagen.
Von wem, zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl.

Bestes

Knochenmehl
ist am Lager vorräthig und kann abgeholt werden.

Soj. Warnking,
Bestja.

Habe ein rothbuntes, vier Monate altes

Kind

zu verkaufen. Näheres
C. F. Hontomp,
Steinfeld.

Kaufe

altes Eisen
und zahle gute Preise.
Soj. Bienefeld,
Dinklage.

Holzarbeiter

nach Batum stellt fortwährend ein
Unternehmer Menke
bei Schneiderm. Fisser,
Eichholz b. Batum.

Suche zum 1. Mai

Mädchen

für Haus- und Gartenarbeit.
Schußgeschäft Cl. Aca,
Bestja.

Suche sofort oder später

ein Mädchen

oder einen Jungen
von 12-15 Jahren.
Nachfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Auf großem Bauernhofe wird z. 1. März od. später ein braves, tatb.

Mädchen

gegen hohen Lohn gesucht, welches in allen häusl. und landwirtsch. Arbeiten erfahren ist. Wo, sagt die Geschäftsstelle d. Bl.

Brennliche Süddeutsche Klassenlotterie.
Kauflose 2. Klasse
Ziehung 12. und 13. Februar.

1/10	1/20	1/40	1/80
25.-	50.-	100.-	200.-

„alle Klassen sind noch zu haben, auch unter Nachnahme.“
Wormser Dombau-Lotterie.
Ziehung schon 5. März.
Sauptgewinn 50 000 M. bar. Lose 3 M.
Porto und Liste 35 Pfg. Nachn. 30 Pfg. mehr.
Berliner Pferde-Lotterie.
Sauptgewinn 1 Zuchhengst (10 000 M.).
Auch bar: Pferdegewinne 70%, alle anderen Gewinne mit 90%. Lose zu 1 M., 11 Lose 10 M. Porto und Liste 35 Pfg. Nachnahme 30 Pfg. mehr.
Otto Wulff, Dödenburg, Stauffstraße 14, Agl. Pr. Kott.-Einnahm.

Unterschied. Bestja, 6. Februar 1918

Bekanntmachung.
Die Landwirte werden darauf hingewiesen, daß Saatarten-Formulare bei den Stadtmagistraten und Gemeindevorständen zu haben sind.
Rütens.

Holz-Verkauf in Erle.
Am Samstag, dem 9. Februar 1918, nachmittags 1 Uhr beginnend, läßt die Ww. Zellerin Heinrich Feldhaus in Erle
150 Stämme Eichen,
Wagenbauern, Zimmer- und Lohholz und
einige Stämme Birken,
für Holzschuhmacher passend, öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen.
Käufer laden ein
Bestja. B. Menke.

Krampen
zum Besetzen von Einriedigungsdrähten an Vieh weiden liefert zum Preise von M. 4.— pr. 5 Kilo Postpaket gegen Nachnahme direkt an Verbraucher
Friedr. Haller, Bramsche, Bez. Osnabr.

Suche zu sofort ein
jung. Mädchen
(nicht unter 18 Jahren) zur Erlernung von Küche und Haushalt ohne gegenseitige Vergütung.
Jean Director W. Mejer, Damm, Amstergiert.

Für ruhigen herrschaftlichen Haushalt (2 Pers.) eine ältere, durchaus zuverlässige, in allen Zweigen des Haushalts erfahrene
Stütze,
die schon in herrschaftlichen Häusern gewohnt hat und selbständig zu kochen versteht, zum 1. März oder früher g e l u b t. Hoher Lohn. Waidstraß vorband.
Frau Dr. Hüffer, Münster i. W., Hannoverstr. 34.

Zum 1. April suche ich eine branchenbändige
Verkäuferin
für Abteilung: Schreibwaren, Devotionalien, Lederwaren, Galanterie usw. mit guten Empfehlungen. Zeugnisbeschriften, sowie Gehaltsanprüche erbeten.
J. Wittkamp, Emsdetten b. Münster.
Suche zum 1./4. 1918 für besseren landwirtschaftlichen Haushalt, für alle vorerwähnten Arbeiten in und außer dem Hause frägliches, nicht zu junges
Mädchen.
Lohn nach Uebereinkunft. Offerten erbeten.
Zwittingen b. Bremen. W. Arzies, Lehrerin.

Anzüge Paletots Joppen Hosen
Gerhard Bruns, Oldenburg, Ede Haaren-Mottenstraße.

Holzverkauf in Ellenstedt.
Am Donnerstag, d. 14. Februar 1918, nachmittags 1 Uhr beginnend, läßt die Zellerin Witwe S. Kathe in Ellenstedt
200 Arn. dieses Birken-Brennholz,
50 Arn. Föhren, Tannen und Nöhrenstangen,
50 Arn. Föhren, Sparren, Dielen und leichte Balken,
20 Arn. Birken,
passend für Holzschuhmacher, öffentlich meistbietend auf Kredit verkaufen.
Echtliches Holz ist gefällig.
Verammlung bei Häusler Wader in Ellenstedt.
Käufer laden ein
Bestja. B. Menke.

Todes-Anzeige.
Den Selbentod fürs Vaterland starb am 4. Februar unser lieber, herzenguter Bruder, Neffe und Vetter, der
Mutter
Jos. Heitmann
im blühenden Alter von 23 Jahren im Et Joseph-Stift zu Bremen infolge seiner am 27. April 1916 erhaltenen schweren Verwundung, versehen mit den hl. Sterbesakramenten. Sein Bruder Franz ging ihm im Juni 1915 im Selbentode voran.
Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten
Die trauernden Geschwister
Ulrich Angehörigen.
Dinklage, Lohne, Wullenau, Marschen-berg und Bestja, 6. Februar 1918.

Das feierliche Seelenamt ist am Samstag, dem 9. Februar, morgens 8 Uhr. Die Beerdigung findet am selben Tage, morgens 10 Uhr, vom Kranenhanse in Dinklage aus statt, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

Todes-Anzeige.
Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Rathschlusse gefallen, heute abend um 10 Uhr seinen innigstgeliebten Mann, meiner Kinder teuren jüngeren Vater, meinen Bruder, Schwager und Onkel, den
Seller
Heinr. Moormann
plötzlich und unerwartet, wohl vorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel und gestützt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, im Alter von 65 Jahren zu sich in ein besseres Jenseits zu nehmen.
Mit der Bitte um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen zeigen dieses tiefbetrübt an
Die trauernden Angehörigen.
Wünne bei Dinklage und westlicher Kriegsgeplauz, den 4. Februar 1918.
Die Beerdigung findet statt am Samstag, dem 9. Febr., morgens 10 Uhr in Dinklage, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.
Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.